

# Freiburger Bitte um Stellungnahme

An Bundestagsabgeordnete der FDP  
Anschrift:

Sehr geehrte(r) Frau, Herr

## Präambel:

Die Euro-Währungsunion wird mit dem Vertrag von Maastricht (1992) über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) rechtlich durch Verpflichtungen auf eine seriöse Haushaltspolitik (Art. 126 AEUV) und ein Verbot der Finanzierung über die Notenpresse (Art. 123 AEUV) abgesichert. Art. 125 Abs. 1 AEUV schreibt zudem mit einer "No-Bailout-Klausel" vor, dass die Eurostaaten nicht für Verbindlichkeiten anderer Teilnehmerländer haften.

Damit soll gewährleistet werden, dass die Mitgliedstaaten selbst für die Rückzahlung ihrer öffentlichen Schulden verantwortlich bleiben.

Bekommt ein Eurostaat am Kreditmarkt keine Kredite mehr, dann soll er nicht unter einen Rettungsschirm schlüpfen und etwa von der Kreditwürdigkeit des deutschen oder französischen Staates profitieren, sondern selbst mit eiserner Haushaltsdisziplin reagieren.

In den nächsten Monaten in 2011 soll eine neue Bürokratie vertraglich fixiert werden, der die Politiker den Namen "Europäischer Stabilitätsmechanismus" (ESM) gegeben haben.

Aufgabe des ESM soll es sein, denjenigen Euro-Staaten Kredite zu geben, die keinen Kredit zu einigermaßen erträglichen Konditionen auf dem freien Markt mehr erhalten.

Haften sollen die Anteilseigner des ESM, **Deutschland konkret mit 27,1%; in der Praxis wird die Haftung deutlich höher sein, da ja mindestens diejenigen Staaten, die bereits ESM-Kredite erhalten, quasi schon insolvent sind und die restlichen Staaten deren Haftungssumme übernehmen müssten.**

**Die Stimmrechte dagegen für Deutschland sind nur 1/17, also ca. 5,9%!**

Die Vergabe eines Kredites erfordert immerhin einen einstimmigen Beschluss; jedes Land hat also ein Vetorecht (wobei bereits jetzt Forderungen von EU-Parteifunktionären erhoben werden, dass ein reiner Mehrheitsbeschluss ausreichen soll).

Die entscheidende Frage – zumal in Anbetracht der Vorgeschichte – ist aber, ob sich Deutschland im Speziellen dem Druck zur Vergabe in der Praxis entziehen kann.

Die akute Gefahr ist nämlich, dass Politiker und andere Akteure (Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes etc.) des Kredit-ersuchenden Landes einen erheblichen Druck auf Deutschland und auch die EU aufbauen werden ("Deutschland verhindert, dass unsere Renten gezahlt werden" etc.), den Kredit zu bewilligen.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass diesem **unberechtigtem** Druck auf Deutscher Seite nicht standgehalten, sondern ganz im Gegenteil, bereits im Vorfeld nachgegeben wird.

Konkret eingeführt werden soll der ESM durch Bruch der No-Bailout-Klausel des Art. 125 der EU-Verträge (Verbot der Haftung oder Zahlung für Schulden anderer Staaten) und zwar durch eine besondere Ausnahmeregelung durch Ergänzung des Art. 136, der die Genehmigung zur Einrichtung von Bürokratien a la ESM enthält.

Am 24. März 2011 haben die EU-Regierungen dies bereits beschlossen.

Jedoch müssen alle 27 Parlamente noch zustimmen.

Wenn aber alle 27 Parlamente zustimmen, gibt es keinen Weg mehr zurück, denn die Wiedereinführung der No-Bailout-Klausel setzt ebenfalls Einstimmigkeit voraus. Und die profitierenden Länder würden niemals zustimmen.

Der ESM, der die Transferunion de facto implementiert, ist möglicherweise ein Sprengsatz für die EU, denn spätestens, wenn die Bevölkerungen der draufzahlenden Länder merkt, dass sie hemmungslos und rücksichtslos ausgebeutet wird, wird es eine massive Gegenbewegung geben mit der Möglichkeit einer Radikalisierung.

Risikobewusste Anleger, die in Staatsanleihen schwächelnder Euro-Staaten investiert haben und weiterhin investieren, spekulieren darauf, dass die No-Bailout-Klausel im EU-Vertrag von Maastricht [siehe z.B. Wikipedia: „Die Nichtbeistands-Klausel (auch No-Bailout-Klausel) bezeichnet eine fundamentale Regelung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU), die in Art. 125 AEU-Vertrag festgelegt ist. Sie schließt die Haftung der Europäischen Union sowie aller Mitgliedstaaten für Verbindlichkeiten anderer Mitgliedstaaten aus. Als Teil des Vertrags von Maastricht wurde diese Regelung am 7. Februar 1992 als Art. 104b in den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EG-Vertrag) aufgenommen.] wohl doch nicht greifen wird, weil am Ende doch die anderen Euro-Staaten den "bedürftigen Freunden unter die Arme greifen" werden. Das Risiko dieser professionellen und nüchtern kalkulierenden Anleger und Marktteilnehmer bestand und besteht darin, dass die No-Bailout-Klausel als wesentliche Barriere gegen eine Transferunion und Haftungsgemeinschaft in der Eurozone wider Erwarten auch unter Druck halten und nicht einknicken würde.

**Bitte der Unterzeichnenden FDP-Mitglieder an Mitglieder des Bundestages der FDP um Stellungnahme:**

Mit der vorliegenden Bitte um Stellungnahme möchten sich die Unterzeichner als Mitglieder der FDP in Baden-Württemberg vergewissern, dass Sie persönlich als Bundestagsabgeordnete(r) in sämtlichen kommenden Entscheidungen im Bundestag und zugehörigen Ausschüssen durch Ihr Abstimmungsverhalten dazu beitragen, dass die derzeitige Beschlusslage der Partei beibehalten und Deutschland in der EU und Eurozone nicht Mitglied einer Transferunion und Haftungsgemeinschaft wird und dass Sie insbesondere gegen die Einführung von Eurobonds oder / und der Abschaffung der im Vertrag von Maastricht festgelegten No-Bailout-Klausel stimmen werden.

Wir bitten Sie hierzu um eine kurze und eindeutige Stellungnahme, die unser künftiges Engagement und Wahlverhalten beeinflussen wird.

- 1-Die geplante de facto Streichung der so genannten No-Bailout-Klausel in den EU-Verträgen (Art. 125) durch zusätzlich einzuführende Klauseln in Art. 136 muss verhindert werden. Nur die No-Bailout-Klausel in ihrer ursprünglichen, absoluten Fassung schützt Deutschland davor, für Schulden anderer Länder zu haften oder zu zahlen. Es darf keine zusätzlichen Klauseln geben, die die No-Bailout-Klausel unterlaufen (könnten).
- 2-Der Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB, die Bundesbank oder den EFSF muss zukünftig wieder verhindert werden
- 3-Die Einführung von Euro-Bonds muss dauerhaft verhindert werden.
- 4-Die Einführung eines Steuererhebungsrechts der EU (inkl. aller Unterorganisationen) muss dauerhaft verhindert werden
- 5-Die Einführung eines Kreditaufnahmerechts der EU (inkl. aller Unterorganisationen) muss dauerhaft verhindert werden
- 6-Die Unabhängigkeit der EZB und der Bundesbank von jeglichem Regierungs- oder Politikereinfluss muss gewährleistet werden

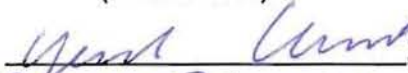


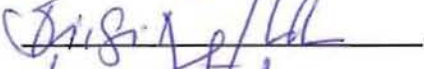
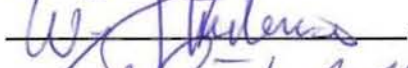
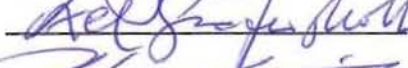
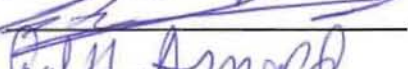
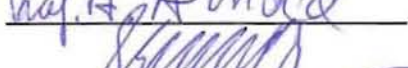
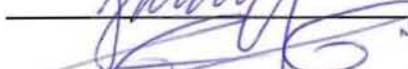
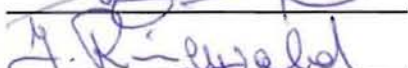

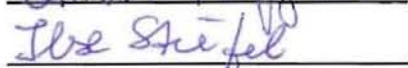
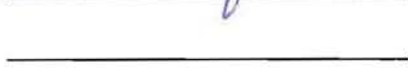
Mut und Standfestigkeit bei wirtschaftlich essentiellen Fragen muss als Markenzeichen der FDP wieder gestärkt werden und dieses Kernthema – konsequenter Schutz der deutschen Steuerzahler vor unabsehbaren und dauerhaften Transferzahlungen – wird zu einem Wiedererstarken der FDP beim Wähler führen.

Freiburg, den 29. August, 2011

Die hier unterzeichnenden FDP-Mitglieder:

**(Unterschrift)**

**(Name in Druckschrift und E-Mail)**

	Prof. Dr. rer.nat. Gerd Unruh, un@hs-furtwangen.de
	Prof. Dr.-Ing. Rolf Eckmiller, terra@t-online.de
	Martin Cammerer, info@martin-cammerer.de
	Birgit Scheer-Müller, birgit.scheer-mueller@t-online.de
	WOLFGANG STUDENER WS242112@t-online.de
	AXEL GRÄFINHOLT datag.consulting@t-online.de
	Peter Schwing, p.schwing@gmx.de
	Prof. Dr. Heidwolf Arnold heidwolf.arnold@t-online.de
	Meinhard Gronewald, gronewald@t-online.de
	Werner Vöckle werner.voekle@gmx.de
	Jörg Ringwald joerge.ringwald@web.de
	Christa Fuenfessel christa.fuenfessel@gmx.de
	Ilse Stiefel, Langenwangen & Frey-Offen